



www.buergerimneckartal.de

PRESSEMITTEILUNG

27. Januar 2025

- **In einer Pressemitteilung der EnBW werden Inhalte eines Werkstattgesprächs zwischen EnBW und den betroffenen Gemeinden unabgestimmt und einseitig öffentlich gemacht.**
- **EnBW macht den Gemeinden erneut vergiftete Angebote und schiebt ihnen den Schwarzen Peter zu.**
- **Die Initiative Bürger im Neckartal appelliert an das Regierungspräsidium, seine Moderatoren-Rolle ernster zu nehmen und auch fachkundige Bürger einzubinden.**

Die Pressemitteilung der EnBW vom vergangenen Donnerstag (23.01.) mit Inhalten aus einem nichtöffentlichen Werkstattgespräch zwischen EnBW und den betroffenen Gemeinden rund um die von der EnBW geplante Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) in Walheim kam für die Initiative Bürger im Neckartal (BI) völlig überraschend. Darin preschte die EnBW mit Gesprächsdetails aus dem eben erst neu vom Regierungspräsidium (RP) angestoßenen Gesprächsformat vor.

Das EnBW-Angebot der Unterstützung der Anliegergemeinden beim Aufbau von Nahwärmenetzen klingt verlockend. „Richtigerweise hätte dieser Schritt im Vorfeld der Planungen der KVA vor 2021 stattfinden müssen. Dass er ausgerechnet jetzt im Endstadium des Genehmigungsverfahrens erfolgt, macht uns nachdenklich“, so die beiden BI-Sprecher Matthias Appelt und Rudi Ringwald. Das Energieunternehmen EnBW erneuert in seiner Pressemitteilung das Angebot an die Gemeinden, die ungenutzt an die Umgebungsluft abgegebene Restwärme des KVA-Betriebs an kommunale Nahwärmenetze abzugeben. Dabei ist allen Beteiligten bekannt, dass in Walheim für ein Nahwärmenetzwerk kein Bedarf besteht. Die Nutzung von Restwärme schwankt jahreszeitlich. Eine zusätzliche Ausfall- und Spitzenlastlösung müsste gefunden und finanziert werden. „Schon dass die EnBW bei ihren Planungen kein Wärmenutzungskonzept erarbeitet hat, verdeutlicht, dass die Verwendung des Begriffs ‚Klärschlammheizkraftwerk‘ nie ernst gemeint war, vielmehr die Öffentlichkeit irreführt und das Vorhaben verharmlost werden soll. Die geplante Industriegroßanlage ist und bleibt eine Klärschlammverbrennungsanlage, ist betrieblich auch so ausgelegt und stellt die betriebswirtschaftlichen Interessen eindeutig über Umweltaspekte“, stellen die BI-Sprecher ernüchtert fest und ergänzen: „Der „Schwarze Peter“ wird nun den betroffenen Gemeinden zugeschoben, indem sie in Zugzwang gebracht werden sollen, zugunsten der EnBW einseitig initiativ zu werden. Umgekehrt zeigt die EnBW bis heute keinerlei Bereitschaft, Änderungen an ihren Plänen vorzunehmen.“

So setzt auch der von der EnBW gewollte Anschluss der geplanten KVA an die öffentliche Abwasserentsorgung voraus, dass das Walheimer Klärwerk aufgegeben und eine mit öffentlichen Mitteln finanzierte Abwasserleitung zum Bietigheimer Klärwerk installiert werden müsste. Nur so kann die EnBW erreichen, dass bei der Klärschlamm-trocknung stündlich im Umfang von 10.000 l anfallende sogenannte Brüdenwasser nicht durch

werktäglich 30 Silo-LKW-Fahrten über die Straße zu entfernt gelegenen Kläranlagen transportieren zu müssen.

Die von der EnBW in Aussicht gestellte, aber nie detailliert ausgeführte Beteiligung an den immensen Kosten verrät, dass die Kosten vermutlich von den Gemeinden bzw. der öffentlichen Hand übernommen werden sollen, zugunsten der EnBW.

„Damit entpuppt sich das vermeintliche Entgegenkommen der EnBW als vergiftetes Angebot an die Gemeinden, mit dem sich die EnBW auch Vorteile im noch laufenden Genehmigungsverfahren erhofft“, kritisieren die BI-Sprecher. „Wohlwissend, dass alle betroffenen Gemeinden den Bau des KVA im engen Neckartal und in unmittelbarer Nähe von Wohnansiedlungen nach wie vor mit begründeten Argumenten ablehnen und sich dagegenstemmen, dass der Standort Walheim an falscher Stelle Ersatz für den ursprünglichen Standort Heilbronn sein soll.“

„Die Werkstattgespräche geraten in Gefahr, sich in eine Reihe ähnlicher Aktionen vermeintlicher Gesprächsbereitschaft der EnBW ‘in guter Nachbarschaft‘ einzureihen, wie der von der EnBW vorgeschlagene und gesteuerte ‚Bürgerrat‘, das ‚Dialogangebot‘ im April 2022, das trotz EnBW-Ankündigung einer Fortsetzung nur eine einmalige Informationsveranstaltung blieb, oder die von der EnBW beworbene ‚Bürgerhotline‘, die Anfragen auffällig häufig versenden ließ“, betonen Appelt und Ringwald.

Die BI fordert deshalb das RP auf, ihre von sich aus angebotene Moderatorenrolle deutlich ernster zu nehmen und Regularien wie z. B. die Berichterstattung an die Öffentlichkeit bei der Fortsetzung der Werkstattgespräche mit den Beteiligten zu vereinbaren. „Was nicht öffentlich besprochen werden soll, darf nicht interessenbezogen einseitig an die Öffentlichkeit gespielt werden.“, so die BI-Forderung. „Alternativ möglich wäre auch die Beteiligung fachkundiger Bürger wie z. B. die BI am Gesprächsformat.“

Grundsätzlich begrüßt die BI die Wiederaufnahme von Gesprächen auf Augenhöhe zwischen den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden und der EnBW. Bei einem Industrieprojekt der geplanten Größenordnung müsste ein permanenter Dialog der Betroffenen eine Selbstverständlichkeit sein. „Dass das Gesprächsformat der Werkstattgespräche erst auf Initiative und unter Beteiligung der Genehmigungsbehörde Regierungspräsidium mühsam wieder in Gang kommt, zeigt, wie eigenmächtig und kompromisslos die EnBW ihre Pläne von Anfang an ohne Abstriche verfolgt“, beklagt die BI.

Ansprechpartner:

Matthias Appelt – appelt@buerger-im-neckartal.de – mobil: 0173 277 07 54

Rudi Ringwald – ringwald@buerger-im-neckartal.de – mobil: 0171 999 60 08